Stadt Hildburghausen

26.08.2011

Beschlussvorlage

Einreicher: Der Bürgermeister

Beschlusnummer:

209/2011

Amt: Amt für
Finanzverwaltung und
Forsten
Sachbearbeiter: Frau Carl-Schumann
Aktenzeichen:
Bezug-Nr.:

Sitzung	Status	Datum	Abstimmung:
Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	07.09.2011	Ja: Nein: Enth.:
Stadtrat	öffentlich	21.09.2011	Ja: Nein: Enth.:

Bezeichnung der Vorlage:

Zerlegungsmaßstab bei eventueller Gewerbesteuerpflicht des WAVH

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt folgenden Zerlegungsmaßstab des einheitlichen Gewerbesteuermessbetrages (als Anlage beigefügt) nach

1. Arbeitslöhnen /Betriebsstätte
2. Wasserverkauf pro Ort
3. Mischzerlegung Arbeitslöhne/Verkauf
 - a) Lohnanteil 50 % / Verkauf 50 %
 - b) Lohnanteil 30 % / Verkauf 70 %
4. Mischzerlegung Arbeitslöhne 50 %, Verkauf 30 % und Anlagevermögen 20 %
5. weiteren Varianten

bei einer Gewerbesteuerpflicht des WAVH anzuwenden.

Der Bürgermeister wird beauftragt in der Verbandsversammlung des WAVH dementsprechend abzustimmen.

gez.

Bürgermeister
Harzer

gez.

zust. Amtsleiter

gez.

Kämmerei
Lissy Carl-Schumann

gez.

Justiziar
Wolfgang Schwarz

Begründung:

Werden Betriebsstätten zur Ausübung des Gewerbes in mehreren Gemeinden unterhalten, so ist der(Gewerbe-)Steuermessbetrag in die auf die jeweiligen Gemeinden entfallenden Anteile zu zerlegen. Maßstab für die Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages ist das Verhältnis der Arbeitslöhne aller Betriebsgemeinden zu den Arbeitslöhnen der jeweiligen Betriebsgemeinde (im Erhebungszeitraum). Führt die Zerlegung nach dem Kriterium der Arbeitslöhne zu einem offenbar unbilligen Ergebnis, so ist nach einem anderen Maßstab zu zerlegen, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht (§ 33 Abs 1 GewStG). Entspr. den Gewerbesteuer Richtlinien ist ein solches unbilliges Ergebnis in der Regel nur dann gegeben, wenn der Gemeinde durch die Betriebsstätte **wesentliche Lasten erwachsen**, indes jedoch kein Zerlegungsanteil zu ermitteln ist. Als wesentliche Lasten sind regelmäßig die sogenannten Arbeitnehmerfolgekosten anzusehen, d.h. die Aufwendungen einer Gemeinde für den Bau und lfd. Unterhaltung von Straßen, Kindergärten, Jugendzentren für die dort wohnenden Arbeitnehmer der Betriebsstätte. „Weiche“ Belastungen (Umweltbelastung, Lärm, Schadstoffausstoß, Wertverluste an Grundstücken) stellen keine berücksichtigungsfähigen Lasten dar, da sie nicht quantifizierbar sind.

Nach GewStR ist die Einigung im Sinne des §33 Abs. 2 GewStG ein Fall der „Zerlegung in besonderen Fällen“. Einer Prüfung durch das Finanzamt, ob die Voraussetzungen des § 33 Abs.1 GewStG vorliegen, bedarf es nicht. Die Zerlegung nach § 33 Abs. 2 GewStG ist, mit Bindungswirkung für die Finanzverwaltung, allein nach Maßgabe der entspr. Einigung durchzuführen.

Anlagen:

Präsentation von Varianten zum Zerlegungsmaßstab – Gewerbesteuer WAVH erstellt durch Herrn Gramann WAVH

Verteiler nach der Beschlussfassung:

**Sitzungsdienst
Büro 01**